Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

14.4.1864 (No. 88)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 14. April.

Nr. 88.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Deutschland.

München, 12. Apr. (W. T.-B.) Nach der „Bayer. Ztg." bestünde nur noch wenig Hoffnung dafür, daß der Bundestag zu bestimmen sein werde, seine Theilnahme an der Londoner Konferenz an Voraussetzungen zu knüpfen, durch welche wenigstens die Rechte, deren Wahrung ihm obliegt, keine Einbuße erleiden würden.

Stuttgart, 12. Apr. Bülletin. Bei Sr. Maj. dem König verliefen die letzten Nächte ziemlich ruhig, wenn auch mit häufig unterbrochenem Schlaf. Auch bei Tag fehlen in der Regel größere Beschwerden. Appetit und Kräfte lassen fortdauernd viel zu wünschen übrig. Nächstes Bülletin am Samstag.

Kassel, 10. Apr. (Sch. M.) Man redet viel von einer gestern stattgehabten Konferenz zwischen dem landständischen Ausschuß für die schleswig-holsteinische Angelegenheit und den Ministern. Wie es heißt, ist nur der Minister des Aeußern eingeladen gewesen; es haben sich aber, mit Ausnahme des Kriegsministers, sämmtliche Departementsvorstände eingefunden, und sowohl hierdurch als durch mehrfache Versicherungen ein lebhaftes Interesse an der schleswig-holsteinischen Sache zu erkennen gegeben. Bestimmte Zusicherungen in Betreff der obschwebenden Fragen am Bunde sind aber nicht gegeben worden; Hr. Abée hat sich fortwährend darauf berufen, daß in der Successionsfrage noch kein Ausschußbericht vorliege ꝛc.

Hamburg, 11. Apr. (Hamb. Bl.) In der vorgestrigen geheimen Sitzung der Bürgerschaft wurde der Antrag des Senats auf Bewilligung der zweiten Million zu Zwecken unserer Küstenvertheidigung angenommen; jedoch bedarf dieser Beschluß noch der zweiten Lesung.

Gestern Morgen um 7½ Uhr traf hier wieder ein Extrazug mit über 3000 Ztr. Munition von Spandau ein. Vom Donnerstag dieser Woche an werden sieben Extrazüge mit preußischen Truppen, zwei Regimentkr Infanterie und eine Batterie von Frankfurt a. d. O. hieher befördert. Zur Weiterbeförderung der am Freitag Morgen auf der Berliner Bahn hier mittelst etwa 70 Güterwagen angelangten 20 Positionsgeschütze, 1000 Ztr. Munition und des verschiedenen Belagerungsmaterials nach dem Altonaer Bahnhof hatte der hiesige Posthalter Hr. Schlüter etwa 300 Fuhrwerke gestellt.

Hamburg, 11. Apr. (Köln. Ztg.) Aus Kopenhagen wird von gestern 5 Uhr Nachmittags gemeldet, daß das Terrain hinter den Schanzen aus den Mörserbatterien beschossen worden, und daß die Kuff „Gelina Dorothea", Kapitän Boer, weil sie die Blokade gebrochen, auf der Höhe des Peerd von einem dänischen Kreuzer aufgebracht ist.

Lübeck, 13. Apr. (Sch. M.) Oberappellationsgerichts-Sekretär Jürgen Bremer (früher Advokat in Flensburg, 1848 Mitglied der provisorischen Regierung, Schwiegersohn des auch in Süddentschland bekannten Pfarrers Lorenzen in Adelbye) hat das Amt eines Oberpräsidenten in Flensburg angenommen und reist nächstens dahin ab.

Kiel, 8. Apr. In der von den hiesigen städtischen Kollegien im Hinblick auf die bevorstehende Londoner Konferenz einstimmig beschlossenen Erklärung heißt es:

Die unterzeichneten Vertreter der Stadt Kiel erklären: daß sie keiner Macht auf Erden das Recht zugestehen, über das Geschick des Landes ohne dessen Zustimmung zu entscheiden, — daß eine, dauernden Frieden verheißende Zukunft nur von einer solchen Ordnung der Landesverhältnisse gewärtigt werden kann, die in dem Recht ihren Grund hat, — daß dem Recht nach die für die Herzogthümer Schleswig-Holstein so unheilvolle Verbindung mit dem Königreich Dänemark durch das Ableben Königs Friedrich II. aufgehoben und nunmehr Herzog Friedrich VIII. der einzige legitime Landesherr der untrennbar verbundenen Herzogthümer ist, — daß sämmtlichen Landesbewohnern die heilige Pflicht obliegt, dieses Landesrecht mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen und zu wahren und jeder Verletzung desselben nach Kräften sich zu widersetzen. — Kiel, 2. April 1864.
Der Magistrat und das Deputirtenkollegium.

Schleswig, 8. Apr. (Hamb. Nachr.) Die hohe Zivilbehörde für das Herzogthum Schleswig hatte die gestern beabsichtigte Versammlung der Schleswiger zum Zweck einer Besprechung über die gegenwärtigen Verhältnisse Angesichts der bevorstehenden Konferenz, vermittelst Schreiben an das Amthaus, untersagt, und vereinigten sich demgemäß die hiesigen, sowie die von auswärts eingetroffenen fremden Patrioten nur zu einem geselligen Mittagsmahl, wo wenigstens Gelegenheit gegeben war, alte und neue Freunde zu einander zu führen, sich gemeinschaftlich der durch fremde Hilfe errungenen Freiheit zu freuen, und in Reden und Toasten die gegenwärtige Lage des Landes vor Augen zu führen. Um 6 Uhr bereits trennte sich die größere Anzahl der Versammelten, nachdem um 2¾ Uhr das Essen seinen Anfang genommen hatte. Es waren von den ungefähr 300 Theilnehmern Landsleute aus allen Gegenden erschienen.

Flensburg, 10. Apr. (Sch. M.) Große Freude erregt im ganzen Lande die von Feldmarschall Wrangel an die Dänen erlassene Aufforderung, die sämmtlichen noch auf Alsen zurückgehaltenen schleswig'schen Bauernwagen, 1000 an der Zahl, bis zum 12. d. sammt Leuten und Pferden zu entlassen, unter Drohung, daß, wenn dieser Aufforderung bis zum festgesetzten Termin nicht nachgekommen werde, dieselbe Anzahl Wagen aus Jütland requirirt und diese Denjenigen, deren Wagen und Pferde sich auf Alsen befinden, zur Verfügung gestellt werden sollen. Gleichzeitig sind die betreffenden Behörden angewiesen worden, möglichst genau die Zahl der noch fehlenden Wagen und Pferde zu ermitteln.

Broacker, 9. Apr. (Hamb. Nchr.) Gestern war der Geburtstag des Königs von Dänemark, dessen Soldaten den Tag nur durch ein ungemein scharfes Geschützfeuer gegen unsere Front und Flanke feierten. Wir unsererseits verursachten, wenn auch nicht aus Anlaß des Tages, in den Nachmittagsstunden eine Illumination, oder sage ich Feuerwerk, hinter den Düppeler Schanzen. Die Düppeler Mühle befindet sich rechts von der Sonderburger Straße, hinter Schanze Nr. 4 auf dem ersten nach dem Meere zu abfallenden Abhange. Etwas dahinter steht das Müllerhaus, daneben noch einige Gehöfte. Eines der letzteren wurde in Brand geschossen; die Flamme leckte hoch empor, und oft schien es, als müsse das Müllerhaus mit den Flammen aufgehen. Doch stand der Wind zu ungünstig und nur das eine Gehöft brannte nieder.

Schanze Nr. 2, vorgestern furchtbar mitgenommen, feuerte gestern Morgen aus 5 Geschützen, mit dreien sich gegen die Enfilierbatterien, mit zweien gegen die Front vertheidigend. Ja mit den letzten beiden versuchte sie die bei Stehnbach am Wenningbund im Bau begriffene Batterie für schweres Geschütz zu zerstören, bestimmt, bei nochmaligen Spazierfahrten des „Rolf Krake" im Wenningbund ein ernstes Wort mit dem Seeungethüm zu sprechen. Jetzt aber fielen Front und Flanke mit solchem Ungestüm über Schanze Nr. 2 her, daß sie nach kurzer Zeit genöthigt war, ihr Feuer einzustellen und die Geschütze dicht an die Brustwehren und Traversen zu rücken. Ich glaube, es muß ein furchtbarer Aufenthalt in den Schanzen sein, der aber von morgen an wahrscheinlich noch furchtbarer werden wird. Anderntheils aber hat, nächst dem Belagerten, der Belagerer das schlimmste Loos.

Wie das Fernrohr zeigt, haben die Dänen hinter ihrer ersten Front eine ganze Reihe kleinerer Schanzen angelegt. Wahrscheinlich sind oder werden diese jedoch nur mit Feldgeschütz armirt, den eventuellen Rückzug zu decken, die Sturmkolonnen aufzuhalten. Bei der Höhe der Schanzen Nr. 4, 5 und 6 dürfte sich der Feind, wenn diese in unseren Händen sind, aber kaum in diesem neuen Schanzengürtel halten können. Heute Morgen mit Tagesanbruch bemerkte der Feind unsere Arbeiten in der zweiten Parallele. Er zeigte den besten Willen, sie zu zerstören, konnte jedoch das Feuer, das gegen ihn eröffnet wurde, nicht aushalten und mußte bald schweigen. Die Drahtgitter werden ein weniger furchtbares Hinderniß sein, als anfänglich scheinen wollte. Viele der Pfähle sind von Sprengstücken getroffen und beschädigt. An einzelnen Punkten liegen die Drähte bereits auf der Erde.

Ein Gegenfeuerwerk haben die Dänen übrigens am Abend angezündet, indem sie mit einem jedenfalls bereits am Tage gerichteten Geschütz mit nur einem Schuß ein Haus in Düppel in Brand schossen. Weitere Schüsse erfolgten nicht; auch griff die Feuersbrunst nicht weiter um sich.

Gravenstein, 9. Apr. (Köln. Ztg.) Seit gestern früh wird ein konzentrisches Feuer aller Batterien auf die drei Schanzen Nr. 2, 5 und 6 gerichtet, von dessen Wirkung Sie sich eine Vorstellung machen können, wenn ich erwähne, daß dreißig Kugeln der Rackebüll- und Gammelmarkbatterie nach einander Schanze Nr. 5 an derselben Stelle trafen. Das Loch, welches die Bomben rissen, war gestern Nachmittag von Broacker aus mit freiem Auge zu erkennen. Man wird den Dänen, die übrigens den ganzen Tag fast keinen einzigen Schuß gethan haben, hoffentlich nicht wieder Zeit lassen, ihre Schanzen auszubessern; wenigstens heißt es, daß Befehl gegeben ist, die ganze Nacht durch zu kanoniren. Der Zweck dieses Feuerns ist natürlich der, die Dänen vollständig zu erschöpfen und die Schanzen in einen Zustand zu versetzen, der einen Sturm zulässig macht. Um dem Feinde die Herbeischaffung von Munition zu erschweren, wird jetzt auch dafür gesorgt, daß es fortwährend in Sonderburg brennt; gestern Nachmittag und namentlich gestern Abend zwischen 8 und 10 Uhr brannte die Stadt an mehreren Stellen, so daß man sogar in Flensburg, das fünf Meilen entfernt liegt, den hellen Schein am Horizont gesehen hat. Heute sind, statt zwölf, zwanzig Belagerungsgeschütze mit 12,000 Stück Kugeln und vollständigen Bettungen aus Koblenz hier eingetroffen und gleich in die Batterien gefahren worden; sie werden wesentlich dazu beitragen, die Schanzen zu zerstören.

Apenrade, 9. Apr. (Nat.-Ztg.) Große Aufregung herrschte gestern Nachmittag in unserer Stadt. Die Wohnungen des Bürgermeisters Lunn und des Hardesvogts Bluhme wurden plötzlich von preußischen Soldaten besetzt und eine Haussuchung bei denselben vorgenommen, da sie im Verdacht der Spionerie standen. Gestern Nachmittag waren einige Leute beschäftigt, die sämmtlichen Papiere durchzusehen und alle verdächtigen Schriftstücke ins Deutsche zu übersetzen; dem Gerüchte nach sind Beweise einer Verbindung mit den Dänen gefunden, namentlich sollen diese Herren ihnen die nöthigen Aufklärungen betreffs der Landung auf Kalö gegeben haben. Heute sind noch die Wohnungen Beider mit Schildwachen besetzt, beim Bürgermeister steht sogar auch ein Posten vor der Stubenthür, um jeden Verkehr des Verhafteten mit seiner Familie zu verhindern. Es heißt ferner, daß die Genannten eine regelmäßige Post nach Alsen unterhielten; Frauen sollen die Briefe nach Loit befördert haben, von wo sie mit Böten weiter expedirt wurden. Wahrscheinlich wird der Bürgermeister heute nach Flensburg transportirt werden, und selbst wenn nicht vollgiltige Schuldbeweise vorlägen, wird dieser Vorfall doch hoffentlich dazu beitragen, daß mit der Entlassung der dänischen Beamten in Apenrade begonnen wird, denn bis jetzt sind dieselben hier noch sämmtlich in Funktion.

Berlin, 11. Apr. Vom Kriegsschauplatz meldet der „Pr. Staatsanz.":

Aus Gravenstein wird gemeldet, daß während der Nacht vom 7. zum 8. Apr. das Feuer aus den diesseitigen Batterien langsam unterhalten und am 8. lebhaft fortgesetzt worden ist. Es sind an diesem Tag durch das feindliche Feuer vom 3. Garde-Grenadierregiment (Königin Elisabeth) 1 Unteroffizier und 2 Mann getödtet, 3 Mann schwer verwundet und 1 Offizier (Leutnant v. Trotta), 1 Unteroffizier und 3 Mann leicht verwundet. — In der Nacht vom 9. zum 10. Apr. sind die Angriffsarbeiten bis auf 500 Schritt von den Schanzen vorgetrieben worden. Die Truppen haben bei dieser Arbeit keine Verluste gehabt. Am 9. Apr. war der Kronprinz und der Feldmarschall bei den Batterien. Die außerordentlichen Anstrengungen der im Sundewitt stehenden Truppen bei der höchst ungünstigen Witterung haben den Feldmarschall veranlaßt, ihnen höhere Portionen an Naturalverpflegung austheilen zu lassen. — Telegramm vom 11. Apr., Vormittags 11 Uhr. Letzte Nacht eine neue Parallele angelegt, ein feindlicher Ausfall abgewiesen. Verlust 1 Todter, 2 Verwundete. Kompagnien des 4. Garde-Grenadierregiments haben die Schanzen rekognoszirt und 9 Gefangene gemacht. Verlust 4 Verwundete. — Auf dem linken Flügel Vorposten der Brigade Göben vorgeschoben, 3 Gefangene gemacht. Kein Verlust. Feindliche Streifparthie zwischen Hadersleben und Apenrade gelandet.

Berlin, 12. Apr. Die „Nordd. Allg. Ztg." widerlegt die vom Wiener „Botschafter" verbreitete Nachricht, daß Graf Rechberg eine Depesche nach Berlin geschickt habe, in welcher er die Gesichtspunkte des Wiener Kabinets bezüglich der bevorstehenden Konferenz entwickle.

Der „Staatsanz." bringt folgende, (telegraphisch bereits angedeutete) Nachrichten vom Kriegsschauplatz:

Aus Gravenstein geht vom 10. April, Nachmittags, die Nachricht ein, daß in der Nacht vom 9. zum 10. die Armirung der Mörserbatterien ausgeführt worden ist. Mit Tagesanbruch haben dieselben mit sämmtlichen anderen (gezogenen schweren) Batterien der Front und mit denen von Broacker ein lebhaftes Feuer auf die Schanzen eröffnet und bis zum Abgang der Nachricht unterhalten. — Die feindlichen Geschütze, die in den Morgenstunden noch antworteten, wurden bald zum Schweigen gebracht, mehrere schwere Kanonen demontirt, und die Schanzen 1, 2, 3, 4, 5 und 6 stark abgekämmt. Die massive Windmühle von Düppel, in welcher der Feind ein Pulvermagazin etablirt hatte, und die ihm zugleich als Observatorium diente, wurde zusammengeschossen. Mehrere Baracken brannten.

In Jütland sind unsere Truppen wiederum nach Norden vorgegangen. Das Füsilierbataillon 3. Garde-Grenadierregiements (Königin Elisabeth) und das Garde-Husarenregiment haben den Feind nach kurzem Gefecht aus Horsens vertrieben und bis über Hanstedt hinausgeworfen. (Hanstedt liegt nordwärts von Horsens, an der Straße nach Aarhuus.)

Triest, 10. Apr., Nachts. Nach dem Empfang der mexikanischen Deputation übergab Kaiser Maximilian dem Don Gutierrez de Estrade eigenhändig das Großkreuz des mexikanischen Guadeloupe-Ordens. Dem Podesta von Triest wurde das Kommandeurkreuz desselben Ordens verliehen. Gleichzeitig widmet ein Handschreiben Sr. Majestät an den Podesta 20,000 fl. für eine wohlthätige Stiftung. — Die Triester Deputation, welche das Album überreichen sollte, wurde wegen Unpäßlichkeit Sr. Maj. nicht empfangen.

Frankreich.

♁ **Paris,** 12. Apr. Die „France" erfährt aus Miramar, daß es mit dem Befinden des Kaisers besser geht und er in 2 oder 3 Tagen abreisen wird. Den größten Einfluß auf den schließlichen Entschluß des Erzherzogs schreibt die „France" — welche, nebenbei gesagt, die Behauptung, daß Frankreich keinerlei Garantie oder Verbindlichkeit übernahm, aufrecht hält — der Erzherzogin Charlotte, dem General Froissard und dem Deputationspräsidenten Gutierrez de Estrada zu. — Mit Ausnahme Dänemarks hat außer den Gesandten der Unterzeichner des Londoner Vertrags am englischen Hof noch kein Diplomat Vollmacht zu der Konferenz erhalten. Der „Constitutionnel" glaubt mittheilen zu können, daß Frankreich, neben dem Fürsten de la Tour d'Auvergne, keinen zweiten Bevollmächtigten zur Konferenz ernennen wird.

Lord Cowley muß, in Folge einer Verrenkung des Fußes, seit einigen Tagen das Zimmer hüten. — Prinz Napoleon wird auf morgen in Paris erwartet. — Gestern fand im Lazaristenkloster (Missionäre) ein Diner von 200 Gedecken statt, welchem u. A. Hr. Drouyn de Lhuys, der Direktor im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, der

päpstliche Nunzius und der Erzbischof von Paris beiwohnten. — Kardinal Bonnechose soll demnächst nach Rom abreisen. — Die Einführung der römischen Liturgie in der Diözese Lyon findet Gegner unter dem Klerus, aber noch mehr in Regierungskreisen. Es ist sogar die Rede davon, daß die Regierung auf die betreffende Bulle den Art. 1 des organischen Gesetzes anwenden wolle, welcher den Empfang und die Ausführung jeder Bulle u. s. w. des römischen Hofs ohne Ermächtigung der Regierung verbietet. — Ebenso wie die Reise des Königs von Portugal nach Paris, wird auch die des Prinzen Humbert unterbleiben.

Im Kommissionsbericht zum Budget für 1865 bemerkt man die beabsichtigte Gründung eines Konsulats zu Suez, Angesichts der kommerziellen Wichtigkeit, welcher dieser Platz durch den Suezkanal gewinnen wird, ferner die Vermehrung der Telegraphenstationen auf die Zahl der Büreaus, deren es in Frankreich 4558 gibt, und endlich die beantragte Erhöhung der Besteuerung ausländischer Werthe mit 1 Fr. statt 50 C., wenn dieselben zur Negozirung an der Börse gelangen. Man glaubte, letzterer Antrag werde heute auf den Kurs dieser Werthe, namentlich der Ital. Anl., drücken. Dies war nicht der Fall und Ital. Anl. stieg um 25 C. auf 60.35. Alle übrigen Werthe folgten übrigens heute einer günstigen Tendenz. Rente bleibt 66.30. Mobil. mit 20 Fr. Hausse 1077 u. s. w.

Dänemark.

Kopenhagen, 9. Apr. (Nat.-Ztg.) Unmittelbar vor seiner Abreise zur Londoner Konferenz hat Hr. Quaade an die dänischen Gesandtschaften im Auslande noch eine vom 5. d. M. datirte Zirkulardepesche gerichtet, welche einen Nachtrag zu dem frühern Aktenstück über das „willkürliche" Verfahren der preußisch-österreichischen Zivilkommissäre für Schleswig bildet. Die Depesche stützt sich auf beeidigte oder eidesstattliche Aussagen der vertriebenen schleswig'schen Beamten und lautet in seinen wesentlicheren Punkten, wie folgt:

Von den schleswig'schen Amtmännern ist nur ein einziger in seiner Stellung belassen worden, und von sämmtlichen Städten sind nur drei in dem Besitze ihrer Bürgermeister geblieben; 13 andere obrigkeitliche Personen und 12 richterliche Beamte sind aus ihren Aemtern entfernt worden. Der Bischof im Stift Schleswig (eine dänische Einrichtung) und 40 Prediger wurden abgesetzt. Sämmtliche Schulvorsteher und Rektoren mußten ihren Abschied nehmen, und von 42 Lehrern nicht weniger als 37 ihre Stellen verlassen. Kurz gesagt, in dem ganzen Bezirk („Omraade"), welcher der Verwaltung der Kommissäre überwiesen worden ist, wird eine außerordentliche Thätigkeit zum Umsturz der bestehenden gesetzlichen Ordnung entfaltet, und zur Einführung von neuen Institutionen, welche darauf hinzielen, eine vollständige Lostrennung Schleswigs von Dänemark zu bewirken und einer unter fremde Gewaltherrschaft gebrachten Bevölkerung (!) ihre Nationalität zu rauben. Es erhellt daraus zugleich, wie Alles, was gegenwärtig von den Behörden der Invasion in Schleswig verfügt wird, förmlich darauf berechnet ist, die Bestrebungen der revolutionären Partei zu unterstützen und zu ermuntern, welche offenkundig darauf hinarbeitet, Schleswig vom dänischen Throne trennen und dasselbe, in engster Verbindung mit Holstein, in Deutschland einverleiben zu wollen.

Hr. Quaade hat in den angegebenen Ziffern selbst die große Zahl der dänischen Eindringlinge seit 1850 konstatirt, da die Zivilkommissäre sich darauf beschränkt haben, diese wieder auszumärzen — eine Aufgabe, die sogar noch bei weitem nicht beendet ist. — Ministerpräsident Monrad ist gestern zum Großkreuz vom Dannebrog, und der jüngere Bruder des Königs, Prinz Johann von Glücksburg, zum Oberstleutnant der Kavallerie à la suite der Armee ernannt worden.

Kopenhagen, 9. Apr. (Nat.-Ztg.) Die dänische Infanterie wird aufs neue um 6500 Mann vermehrt, und zwar durch die Freigeloosten aus den Jahren 1857—58 (in dem Alter von 30—33 Jahren), welche binnen kürzester Zeit zu den Fahnen einberufen sind. Vier neue Exerzirschulen sind in Folge dessen errichtet worden, Kopenhagen übernimmt 3000, Odense 1200, Nyborg 700, und Schloß Kronborg bei Helsingör ebenfalls 700 Mann zur Ausbildung. — Der Mangel der dänischen Armee an Offizieren ist schon früher zu Tage getreten. Heute wird offiziell angezeigt, daß der schwedische Kauffahrtei-Kapitän Oestergreen zum Artillerieoffizier bei der Kopenhagener Seebefestigung ernannt worden ist.

Kopenhagen, 10. Apr. Die dänische Panzerfregatte „Dannebrog" hat die Kopenhagener Rhede am 8. d. verlassen; ihre eigentliche Bestimmung scheint unbekannt zu sein. Das Schiff war ursprünglich ein Linienschiff. Wahrscheinlich wird nun die auf dem Stapel liegende Fregatte „Peder Skram" vollendet werden.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 3. Apr. Die offizielle „Petersb. Ztg." bringt einen Artikel, welcher in den bestimmtesten Ausdrücken die Behauptung erneuert, daß ein Grund zur Einmischung in die schleswig-holsteinische Sache für keine der europäischen Mächte vorliege; denn eine Verallgemeinerung des Kriegs sei entschieden nicht zu befürchten, weil Deutschland das Maß des Rechts nicht überschreiten und Dänemark sich gezwungen sehen werde, seine Hartnäckigkeit aufzugeben. Fürst Gortschakoff, so scheint es, wünscht den Konflikt beizulegen oder jedenfalls ihn vor Dimensionen zu bewahren, die ihm einen europäischen Charakter verleihen und somit auch Rußland in die Kreise desselben hineinziehen würden.

In Gemäßheit einer Vorlage an den Reichsrath soll fortan der Unterschied zwischen Handwerk und Fabrik aufgehoben werden, Niemand zum Gewerbebetrieb einer Prüfung oder Erlaubniß bedürfen, das Aushängen von Schildern, das Halten von Gesellen und Lehrlingen nirgends beschränkt und der Verkauf der Erzeugnisse in jeder beliebigen Weise im ganzen Reich gestattet sein; Alles unter der einzigen Bedingung, daß die Zahlung der Gewerbesteuer nachgewiesen wird. Die bestehenden Zunftbeschränkungen fallen gänzlich fort.

Großbritannien.

* **London,** 11. Apr. London bereitet sich heute Morgen vor, Garibaldi zu begrüßen, und die „Times" bemüht sich, diese Feier zu Nutz und Frommen des Inlandes und des Festlandes, speziell Frankreichs und Oesterreichs, in das rechte Licht zu stellen, d. h. jeder unmittelbar politischen Bedeutung zu entkleiden.

Ein großer Theil der Bevölkerung Londons — sagt sie — zieht heute aus, um seine Huldigungen einem Manne darzubringen, dessen Charakter fast alle Tugenden enthält, die man sich nur wünschen kann, um das vollkommene Ideal des Helden und Patrioten vor Augen zu haben. Wir wissen nicht, in welcher Sendung Garibaldi nach England kommt. Von seinen Plänen und Projekten wissen wir nichts und wünschen wir nichts zu wissen. Der Empfang, der ihm bei uns zu Theil wird, bezieht sich weder auf die Gegenwart, noch auf die Zukunft. Es ist ein reiner und freiwilliger Tribut, der den Thaten der Vergangenheit gilt, den Verdiensten eines Mannes, der nie einem Feind den Rücken gezeigt, nie einen Feind betrogen und auf dem Pfade seines Berufs nie gewankt hat, noch gewichen oder ermattet ist. . . . . Das Volk wird ihn heute Nachmittag mit einem kaum geringern Enthusiasmus begrüßen, als mit dem es vor einem Jahr der holden Braut seines künftigen Königs entgegenging, und es ist nicht zu viel vorausgesagt, daß ihm das beste und herzlichste Willkommen, das die Londoner bieten können, zu Theil werden wird. Und höchst bemerkenswerth ist, daß diese Stimmung sich keineswegs auf die Volkskreise beschränkt. Einer unserer reichsten Herzoge wird ihn in einem Pallast empfangen, der auf einem der herrlichsten Punkte der Hauptstadt steht, und an ihm seine großartigste Gastlichkeit üben. Wie man sich erzählt, ist ihm auch die Gastlichkeit des Premierministers zugedacht, und viele wichtige politische Körperschaften wetteifern um die Ehre, ihn zu bewirthen. All diese Kundgebungen des sonst so wenig expansiven englischen Volks für einen Mann, den, ungeachtet seiner Verdienste und seines Charakters, so viele europäische Souveräne mit ungünstigen Augen betrachten, wird fremden Nationen unerklärlich und unheimlich erscheinen... Es wird schwer halten, fremdländische Staatsmänner zu überzeugen, daß wir uns nicht Garibaldi's zu irgend einem Plane gegen andere Mächte zu bedienen suchen, und wir können darauf gefaßt sein, tiefe, auf diese vermeintliche Absicht gegründete Berechnungen, gewürzt mit Schmähungen auf unsere krumme und perfide Politik, zu lesen. Wir können unseren kontinentalen Zensoren versichern, daß man uns nur dann mißversteht, wenn man in seinen Vermuthungen zu tief sein will. Der Empfang, den wir Garibaldi bereiten, entspringt rein aus der herzlichen Sympathie einer Nation, die im Genuß der Freiheit erzogen ist, für einen Mann, der nicht nur der Sache der Freiheit gute Dienste geleistet, sondern dieser Sache, wie sie es verdient, in Einfalt und redlichen Herzens gedient hat. Wir haben keine englischen Beschwerden, denen Garibaldi etwa abhelfen soll, und wir haben die Donquixotische Idee, die Beschwerden Anderer durch Gewaltmittel abzustellen, aufgegeben; aber wir haben die Sympathien, die einem freien Volke zukommen, nicht verloren, noch aufgehört, Opfer zu bewundern, die wir nicht mehr nachzuahmen nöthig haben.

Vorgestern Abend sind der dänische Minister des Auswärtigen, Hr. Quaade, und der Etatsrath Krieger hier in London eingetroffen, um mit dem dänischen Gesandten, Hrn. v. Bille, als die Bevollmächtigten Dänemarks an der Konferenz Theil zu nehmen.

Während des Aufenthalts Garibaldi's in der Hauptstadt wird sein gastfreier Wirth, der Herzog von Sutherland, in Staffordhouse ein glänzendes Banket geben, und zwar, wie bis jetzt festgesetzt ist, am Mittwoch Abend. Am nächsten Samstag wird der General im Krystallpallaste die Adresse des italienischen Komitee's und den von demselben ihm votirten Ehrensäbel in Empfang nehmen; vor der Zeremonie werden die hervorragendsten Mitglieder der beiden italienischen Opern ein großes Konzert veranstalten. Die übrigen, von allen Seiten auf ihn einströmenden Adressen wird Garibaldi am darauf folgenden Montag gleichfalls im Krystallpallaste entgegennehmen. Die Adresse des deutschen Empfangskomitee's dagegen wird ihm in Staffordhouse überreicht werden. Der von letzterem Komitee gewählte Sprecher, Hr. Karl Blind, hat am Sonnabend den General auf dessen am Tage nach seiner Ankunft in England erfolgte Einladung in Brookehouse auf der Insel Wight besucht; im Lauf der Unterhaltung äußerte Garibaldi die Bitte:

Sagen Sie Ihren Landsleuten, daß ich meine Sympathie mit der großen deutschen Nation im weitesten Sinne und in offenster Weise bekunden möchte. Von Ihrer Nation, deren Gediegenheit eine Bürgschaft für die Zukunft ist, wird das schließliche politische Schicksal Europa's abhängen.

Die „Morn. Post" skandalisirt sich heute zur Abwechslung wieder mit der preußischen Kriegsführung wegen der Beschießung Sonderburgs. Von der Konferenz hegt das Blatt, seiner bisherigen Ansicht entgegen, jetzt einige Hoffnung auf Erfolg.

London, 11. Apr. (Presse.) In der heutigen Versammlung der mexikanischen Gläubiger sind die Propositionen der neuen kaiserl. mexikanischen Regierung angenommen worden.

Amerika.

* **Neu-York,** 26. März. (Per „Jura".) Die Reorganisation der Potomac-Armee nimmt ihren Fortgang; die Truppen sind zufolge ministerieller Ordre in 3 Armeekorps konsolidirt worden: das zweite, fünfte und sechste. General Grant ist in Culpepper eingetroffen, wo er am 23. sein Hauptquartier aufgeschlagen hat. (Ein anderer Bericht will wissen, der General habe sich von Washington nach Neu-York begeben.) Die Truppen, welche zu Lande Admiral Porter's Expedition von Vicksburg begleiten, haben unter General A. J. Smith das Fort de Russey, 70 Meilen den Red River aufwärts, genommen und 11 Kanonen und 300 Gefangene erbeutet; am 15., dem folgenden Tage, ergab sich auch Alexandria dem Admiral Porter, und die Bundestruppen setzten ihren Marsch in dem Westen Louisiana's fort. — Wie aus Kairo gemeldet wird, hat der südstaatliche General Forrest am 23. mit 7000 Mann den Obionfluß überschritten und Tags darauf die Bundestruppen bei Union City, in der nordwestlichen Ecke von Tennessee, nahe an der kentuckyschen Grenze, angegriffen. In Columbus (Kentucky) konnte man das Feuern deutlich vernehmen, und es rückten aus dieser Stadt Verstärkungen unter General Brannel den Angegriffenen zu Hilfe.

Neu-York, 1. Apr. (Sch. M.) Die Reiterei der Rebellen hat Paducah (Kentucky, am Ohio, nahe an der Mündung des Tennesseeflusses) und Union City eingeäschert. Es geht das Gerücht, Grant wolle Mac Clellan und Fremont wieder in den aktiven Dienst aufnehmen. Bedenkliche Emeuten in Charleston. In Illinois Parteihader zwischen Copperheads (Demokraten) und Republikanern. — Goldagio 66½. Wechsel auf London 180½ bis 181.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 13. Apr. 33. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der großh. Regierung anwesend: Der Präsident des Justizministeriums, Staatsminister Dr. Stabel; der Präsident des Finanzministeriums, Staatsrath Dr. Vogelmann; Geh. Rath Dr. Junghanns.

Nach Eröffnung der Sitzung werden zwei gleichlautende Petitionen um Erbauung der Höllenthalbahn angezeigt.

Der Präsident des Finanzministeriums, Staatsrath Vogelmann, betritt die Rednerbühne und macht folgende 3 Budgetvorlagen:

I. Den Etat für die auf den Domänengrundstock zu übernehmenden außerordentlichen Ausgaben.

Diese Vorlage, für welche Ministerialrath Tröger als Regierungskommissär ernannt ist, enthält: Aufrecht zu erhaltende Kredite 281,600 fl. Neue Anforderung 118,200 fl. Diese Neuanforderungen beziehen sich auf 3 Positionen, nämlich:

1) Eine Erhöhung des bisherigen Beitrags zur Kunsthalle, da die bisherigen Mittel weder zum Ankauf von größern Kunstwerken, noch weniger von ganzen Sammlungen hinreicht.

2) Eine Erhöhung des Aufwands für die Hof-Wasserleitung um 61,000 fl., da es sich herausstellt, daß der frühere Ueberschlag von 1861 auf zu niedrigem Anschlag beruht.

3) Bezüglich des Neubaues des Bibliotheksgebäudes ist die Regierung in Folge des Preisausschreibens zu der Ueberzeugung gekommen, daß es unmöglich sei, das Gebäude in der beabsichtigten Weise mit den früher bewilligten Mitteln herzustellen. Der Bau soll daher nicht eher begonnen werden, bis die nothwendigen Mittel gewährt sind.

Die Mittel für die genannten Anforderungen sind in dem Domänengrundstock enthalten.

II. Das außerordentliche Budget für 1864 und 1865. Für diese Vorlage ist Finanzrath Eisenlohr als Regierungskommissär ernannt.

Ein Rückblick auf die jüngst verflossene Budgetperiode zeigt, daß das außerordentliche Budget für 1862 und 1863 die Summe von 2,672,646 fl. forderte, hauptsächlich für die durch das Hochwasser angerichteten Beschädigungen.

Für die laufende Budgetperiode werden nun nahezu 3,000,000 fl., nämlich 2,968,897 fl., gefordert, die sich folgendermaßen vertheilen:

1) Das Staatsministerium verlangt keinen Aufwand, nicht etwa weil es keines solchen bedürfte, sondern weil es denselben noch nicht zu berechnen vermag, da er in den Bundes-Matrikularumlagen besteht. Die Deckungsmittel hiefür sind in dem allgemeinen Reservefond zu finden, und auf beinahe 800,000 fl. veranschlagt.

2) Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten fordert nichts.

3) Das Justizministerium fordert neben den aufrecht zu erhaltenden Krediten 299,245 fl. fast ausschließlich für Einführung der neuen Gerichtsorganisation.

4) Das Ministerium des Innern beansprucht neu 681,395 fl., und zwar für Vizinalstraßen 396,000 fl., den Rest zur Einführung der Verwaltungsorganisation und zu beträchtlichen Hochbauten.

5) Das Handelsministerium verlangt neu 970,100 fl., fast ganz zur Herstellung und Korrektion von Staatsstraßen, so daß die von beiden Ministerien des Innern und des Handels für Straßen verwendeten Mittel 57 Proz. der Gesammtforderung des außerordentlichen Budgets betragen.

6) Das Finanzministerium fordert 362,790 fl., darunter 204,000 fl. zur Katastervermessung, welche bei dem vermehrten Zudrang von Geometern jetzt energisch gefördert werden kann. 75,000 fl. sind für die Einschätzung von Grundstücken und eine neue Einschätzung der Gebäude bestimmt. Die großh. Regierung beabsichtige noch auf diesem Landtag ein neues Einschätzungsgesetz vorzulegen.

7) Das Kriegsministerium verlangt 249,014 fl., den größten Betrag davon mit 170,000 fl. für Erweiterung der Karlskaserne in Freiburg.

III. Die dritte Vorlage, für welche ebenfalls Finanzrath Eisenlohr als Regierungskommissär bestimmt ist, betrifft die Deckungsmittel, nämlich den allgemeinen Betriebsfond des Staatshaushaltes.

Diese Deckungsmittel sind zu suchen in den Ueberschüssen des Betriebsfonds und in den Ueberschüssen der Einnahmen. Der wirkliche Stand des Betriebsfonds am 31. Dezember 1863 betrug 7,593,901 fl. Der wirkliche Bedarf für 1864 und 1865 beträgt 4,486,900 fl. Es bleiben demnach mit zutreffender Sicherheit übrig 3,107,000 fl. Reservirt müssen davon bleiben 500,000 fl. für die Papiergeld-Einlösungskasse; ferner die obenerwähnten beinahe 800,000 fl. für Bundes-Matrikularbeiträge. Es bleiben demnach 1,828,102 fl. für das außerordentliche Budget disponibel. Die Ueberschüsse des ordentlichen Budgets betragen 1,476,200 fl. oder in sicherer Summe 1,140,794 fl.

Diese Summen sind hinreichend, um das ganze außerordentliche Budget zu decken, und kann dabei noch ein Reservefond von 335,466 fl. an die Amortisationskasse übergeben werden.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Prestinari erstatteten Berichts über das ordentliche Budget des Justizministeriums. Die einleitenden Ausführungen des Berichts, namentlich über den Einführungstermin der neuen Organisation auf 1. Sept., haben wir unsern Lesern bereits mitgetheilt.

Berichterstatter Prestinari berichtet zunächst noch über die gestrige Nachtragsforderung zu dem Budget. Dieselbe beträgt für die Zeit vor der neuen Organisation 6,800 fl. jährlich, für die neue Organisation 13,335 fl. jährlich, deren Bewilligung die Kommission beantragt.

Abg. Kusel: Die Budgetkommission habe sich erlaubt, ihre unmaßgebliche Meinung über den auf den 1. Sept. anzusetzenden Einführungstermin der neuen Gerichtsorganisation auszusprechen; sie wolle damit keinen Vorschlag machen, halte aber eine definitive Festsetzung des Termins im allgemeinen Interesse für sehr zweckmäßig.

Staatsminister Dr. Stabel: Die Regierung hat es bewiesen, daß es ihr mit der baldmöglichen Einführung Ernst ist; sie wird alle Kräfte anstrengen, um die Gerichtsorganisation am 1. Sept. einzuführen, und

es ist auch kein Grund anzunehmen, daß dieser Termin nicht sollte eingehalten werden können.

Berichterstatter Prestinari: Eine öffentliche Entschließung darüber wäre wohl das Beste.

Staatsminister Dr. Stabel: Diese könne erst nach Berathung der noch übrigen Gesetze geschehen.

Es wird übergegangen zur Berathung der einzelnen Titel des Budgets.

Tit. I. Ministerium. Bewilligt werden nach den Kommissionsanträgen für die alte Organisation die bisherigen Sätze, für die neue Organisation weiter auf dem Besoldungsetat drei weitere Revisoren mit je 1200 fl. (statt der geforderten 1400 fl.), auf dem Gehaltsetat 350 fl. für einen weitern Kopisten und für Aushilfe 300 fl., sowie in Folge der gestrigen Nachtragsforderung für den Referendär 100 fl. Aufbesserung.

Tit. II. Oberhofgericht. Die bisherigen Budgetsätze bleiben.

Abg. v. Feder ist nicht mit der Bemerkung des Berichtes einverstanden, wornach bei Einführung der neuen Organisation eine Verminderung der Oberappellationen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten kaum zu erwarten sei. Er glaubt vielmehr das Gegentheil.

Abg. Walli bespricht die auch von der Kommission erwogene Frage, ob nicht statt des dritten Vorstehers (Vizekanzlers) ein Rath anzustellen sei.

Nach einigen weiteren Bemerkungen des Berichterstatters und Staatsministers Dr. Stabel wird der Kommissionsantrag angenommen.

Tit. III. Kreisgerichte. Der Kommissionsbericht, von der Ansicht ausgehend, daß der Schwerpunkt der Rechtspflege künftig in den Kreisgerichten liege, bespricht in eingehender Weise die verschiedenen Entwürfe der Kreisgerichts-Eintheilung. Bei der Begründung des Entwurfs der neuen Gerichtsorganisation war die ursprüngliche Absicht der großh. Regierung, 7 vollständige Kreisgerichte mit je 8 bis 9 Mitgliedern in Konstanz, Waldshut, Freiburg, Offenburg, Karlsruhe, Mannheim und Mosbach zu errichten. In der Sitzung vom 14. Febr. 1863 wurde ein neuer Plan vorgelegt, wonach neben den 4 Kreis- und Appellationsgerichten zu Konstanz, Freiburg, Karlsruhe und Mannheim und neben den Kreisgerichten zu Offenburg und Mosbach kleinere Gerichte zu Waldshut, Lörrach, Baden und Heidelberg als auswärtige Abtheilungen der nächsten größeren Gerichte errichtet werden sollten.

„Der neueste Organisationsplan, der dem Budget zum Grunde liegt, weicht von dem vorletzten, zu dessen Ausführung die Kammern im Februar 1863 die vorläufig geforderten Mittel bewilligt haben, in folgenden Punkten ab:

1) Zu den oben genannten 10 Kreisgerichten soll nach dem Wunsche der Kammern ein elftes für den Schwarzwaldkreis in Villingen errichtet werden.

2) Appellationssenate sollen nicht blos mit den 4 Kreisgerichten zu Konstanz, Freiburg, Karlsruhe und Mannheim, sondern auch mit jenem zu Offenburg verbunden werden, indem von den 3 Kreisen, in welche der jetzige Mittelrheinkreis zerfallen wird, nur der Kreis Karlsruhe bei seinem Gerichte, die Kreise Baden und Offenburg aber bei dem Kreisgericht Offenburg ihren Appellationssenat haben sollen. Folgeweise würden auch die Schwurgerichts-Sitzungen für den erstern Kreis in Karlsruhe, für die beiden letzteren in Offenburg stattfinden.

3) Die neben den 5 Kreis- und Appellationsgerichten zu errichtenden Kreisgerichte sollen nicht, wie nach dem vorletzten Plane in zwei Kategorien — vollständige Gerichte und auswärtige Senate — zerfallen, sondern es sollen zu Villingen, Waldshut, Lörrach, Baden, Heidelberg und Mosbach kleinere Kreisgerichte gleicher Art errichtet werden, und zwar nicht als auswärtige Senate der größeren Gerichtshöfe, sondern als selbständige Gerichte, jedoch mit Beschränkung ihrer Gerichtsbarkeit auf die Verhandlung und Entscheidung der bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten erster Instanz (in den Zivilkammern) und auf die Erledigung der Rekurse gegen amtsgerichtliche Strafurtheile (in den Rekurskammern). Die gesammte übrige Gerichtsbarkeit, also nicht blos die Erledigung der Appellationen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und die Behandlung der schwurgerichtlichen Strafsachen, sondern auch die Behandlung der kreisgerichtlichen (mittleren) Strafsachen, und zwar sowohl die Leitung des Vorverfahrens (durch die Raths- und Anklagekammer) als die Verhandlung und Aburtheilung (durch die Strafkammer) soll ausschließlich den 5 größeren Gerichtshöfen zukommen."

Die Kommission findet nach eingehender Prüfung der Verhältnisse keinen durchschlagenden Grund, dem Plane der großh. Regierung entgegenzutreten und beantragt in Folge dessen, über die Petitionen der Städte Tauberbischofsheim und Wertheim, um Errichtung eines Tauber- oder Mainthal-Kreisgerichts, sowie über die gleichen Bitten aus Boxberg und Walldürn zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Röder vertheidigt den Antrag der Minorität der Kommission: „Hohe Kammer wolle die Petitionen der Städte Wertheim und Tauberbischofsheim und die in den letzten Tagen eingekommenen Petitionen der Gemeindevertreter von den Amtsgerichten Boxberg und Walldürn hoher Regierung zur geneigten Berücksichtigung empfehlen und sich dahin aussprechen, daß es großh. Regierung gefallen möge, im Taubergrund ein Kreisgericht zu errichten, dasselbe mit 3 Richtern zu besetzen, dagegen aber dem Kreisgerichte Mosbach nur 3, höchstens 4 Richter zuzuweisen."

Abg. Roßhirt befürwortet ebenfalls den Minoritätsantrag.

Staatsminister Dr. Stabel: Das System der Regierung ist nach zwei verschiedenen Seiten hin angegriffen worden, von einer Seite, weil sie zu viel, von anderer, weil sie zu wenig Kreisgerichte einführen wolle. Ungerechtfertigt ist die Meinung, daß eine Vermehrung der Kreisgerichte auch immer eine eben so große Kostenvermehrung bedinge. Ein zweiter Irrthum ist, wenn man die Eintheilung der Kreisgerichts-Bezirke als etwas für sich Bestehendes, lediglich Juristisches betrachtet; es muß vielmehr auch auf die politische, die Verwaltungseintheilung Rücksicht genommen werden. Die Eintheilungen müssen möglichst zusammenfallen, was bei den verschiedenen Interessen große Schwierigkeiten bot und nur durch gegenseitiges Nachgeben des Justizministeriums und des Ministeriums des Innern möglich war; so ging es mit Baden, mit Lörrach ꝛc., und wir haben auf diese Weise vollständige Harmonie erreicht. So kam die Regierung zu dem Vorschlag von 10 Kreisgerichten, denen noch auf Wunsch der Kammer ein elftes zu Villingen beigefügt wurde. Wird nun darin geändert, so müßte man auch die Verwaltungsbezirke ändern. Was das Tauberthal-Kreisgericht betrifft, so würde er sich sehr freuen, wenn er von der Regierungsbank den Wunsch erfüllen könne; aber das öffentliche Interesse verbiete es.

Abg. Lenz ist, wie in der Kommission, für den Minoritätsantrag, und glaubt, daß auch Pforzheim hätte berücksichtigt werden sollen.

Abg. v. Feder verwahrt sich zunächst gegen die Vermischung von Taubergegend und Odenwald, und bespricht dann die neue Gerichtsverfassung. Der Hauptvortheil derselben besteht in der Einführung des Kollegialsystems. Wenn die Gerichtsverfassung populär werden, der Masse des Volks Gelegenheit geben soll, den Rechtssinn zu kräftigen, so müssen wir auf Errichtung kleiner Gerichte hinwirken; die Gerichte sollen gewissermaßen eine Schule des Volks sein.

Aus diesem Grund ist Redner mit dem jetzigen Plan der großh. Regierung einverstanden, hofft jedoch, daß in der Zukunft es zur Errichtung eines Kreisgerichts für die Main- und Taubergegend kommen werde. Er werde übrigens für die Anträge der Minderheit stimmen.

Staatsminister Dr. Stabel: Der vom Vorredner hervorgehobene Gesichtspunkt sei wohl richtig, allein man muß eben das Bedürfniß zur Grenze machen, sonst müßte man in jedem Dorf ein Kreisgericht errichten.

Abg. Kirsner ist, da sich bereits zwei Faktoren der Gesetzgebung, Regierung und Erste Kammer, gegen das Tauberthal-Kreisgericht ausgesprochen, aus diesem Grunde dagegen, obwohl er von Herzen dem Tauberthal die Einrichtung gönne.

Abg. Walli befürwortet die Errichtung eines Tauberthal-Kreisgerichts.

Abg. Beck hält den ursprünglichen Plan von 7 Kreisgerichten für den besten; wir hätten dann nicht ein so enormes Justizbudget wie kein anderer Mittelstaat. (Widerspruch in der Kammer.) Eventuell unterstütze er den Antrag der Minorität, obgleich dies ein Widerspruch seinerseits scheine; aber bei einer so enormen Ausgabe komme es ihm, wie einem Schuldenmacher, auf ein paar weitere Tausend Gulden nicht an.

Staatsminister Dr. Stabel: Die Regierung habe ihre Entschlüsse bezüglich der Organisation früher der Kammer mitgetheilt; diese habe dieselben gebilligt. Nichtsdestoweniger werden sie jetzt wieder angefochten. Die zwei Wünsche, Errichtung des Tauberthal-Kreisgerichts und baldmöglichste Einführung der Gerichtsorganisation, schließen sich gegenseitig aus; auf einen müsse man daher konsequenter Weise verzichten.

Der Redner, der die Behauptung von den enormen Kosten der Justizeinrichtung aufgestellt habe, müsse die Begründung des Budgets nicht gelesen haben, denn sonst würde er darin nachweisende Vergleichungen mit den Budgets anderer Staaten, namentlich Bayerns, gefunden haben, woraus die Unrichtigkeit seiner auffallenden Bemerkung hervorgehe.

Redner erklärt sich ferner dagegen, daß man Detailfragen jetzt wieder in die Debatte hereintrage.

Abg. v. Feder wünscht ebenfalls, daß alle Lokalfragen unberührt bleiben, und entgegnet dem Abg. Beck.

Abg. Fröhlich erklärt sich für den Minoritätsantrag.

Abg. Spohn für den Mehrheitsantrag.

Abg. Knies: Er sei auch ursprünglich für 7 Kreisgerichte gewesen, beabsichtigte aber eventuell, nämlich für den Fall der Zustimmung der großh. Regierung, der man vollständig das Organisationsrecht wahren müsse, für den Minoritätsantrag zu stimmen, schließe sich aber nach den bestimmten Erklärungen der Regierung der zuwartenden Meinung v. Feders an und werde mit der Majorität stimmen.

Abg. Muth: So lange die Organisation noch nicht eingeführt, seien Wünsche zulässig; er habe unterstellt, daß beide Gerichtsbezirke, Schwarzwald und Tauberthal, miteinander stehen und fallen; man sollte doch die berechtigten Wünsche nicht ganz unberücksichtigt lassen. Die Bevölkerung des Mainthals und Tauberthals sei überdies eine verschiedene, die nicht zu einander passe.

Staatsminister Dr. Stabel: Dieser letztere Grund wäre für die Verwaltungseintheilung entscheidend und hätte dort vorgebracht werden sollen, für die Justiz ist er ganz gleichgiltig.

Abg. Häusser will nicht pro domo sprechen, er wäre auch im Zweifel, ob er für Heidelberg oder Pforzheim sich erklären solle. Er wolle zunächst nur konstatiren, daß der Kostenpunkt für die Gerichtsorganisation durchaus nicht so „enorm" sei, wie dies von gewisser Seite so geflissentlich verbreitet werde.

Bezüglich einer Bemerkung des Berichts wünsche er zu wissen, ob, wenn man die Wünsche der Bevölkerung berücksichtigt, nicht durch die Errichtung allzu kleiner Gerichte der Güte der Justiz geschadet werde. Im Uebrigen werde er für den Majoritätsantrag stimmen, obgleich er am liebsten für nur 7 Gerichte gewesen wäre.

Abg. Kusel: Der Wunsch des Vorredners gebe ihm Gelegenheit, auszusprechen, was wohl der größere Theil der Juristen des Landes wünsche, nämlich den ursprünglichen Vorschlag von 7 Kreisgerichten. Er wolle der Regierung keinen Vorschlag machen, sondern sehe den Antrag, den er jetzt stellen wolle, so an, daß es ein Wunsch sein solle, daß die Sache nochmals in Erwägung gezogen werde.

Die Kammer solle den Wunsch aussprechen, daß die großh. Regierung nochmals in Erwägung ziehen möge, ob nicht ohne Verzögerung der Einführung der Plan von nur 7 Kreisgerichten ausgeführt werden könne.

Staatsminister Dr. Stabel: Von diesem Antrag ist nur zu bedauern, daß er nicht vor Jahr und Tag kam. Früher hat sich die Kammer für 10 Kreisgerichte erklärt, jetzt ist es moralisch unmöglich, die Sache wieder zu ändern, nachdem dieselbe so weit gediehen ist.

Berichterstatter Prestinari: Wie die Sache jetzt liegt, wäre es besser, der Abg. Kusel zöge seinen Antrag zurück, da er blos zur Verzögerung der Einführung und dahin führen würde, die Lust und Liebe zu dem großen Werk abzuschwächen. Die Anfrage des Abg. Häusser betreffend, so bieten größere Gerichtshöfe mehr Garantien für eine gute Rechtspflege dar, als kleine. Die Behauptungen des Abg. Beck betreffend, so sind die Budgets aller Staaten, welche ähnliche Einrichtungen haben, verhältnißmäßig höher als das unsrige.

Redner wendet sich darauf zu den gegen den Majoritätsantrag erhobenen Einwendungen.

Nur wenn ganz überwiegende Gründe vorhanden, wie dies nicht der Fall, wäre von dem Vorschlag der Regierung abzugehen.

Abg. Walli spricht sich für den Minoritätsantrag aus.

Staatsminister Dr. Stabel: Es ist konstatirt, daß die Meinung, die Errichtung eines Kreisgerichtes für den Taubergrund würde zur Beruhigung dienen, irrig ist. Mit der Bewilligung des Kreisgerichtes würde der Streit erst recht entbrennen, ob nach Tauberbischofsheim, Wertheim oder Mosbach, und es ist zu konstatiren, daß gerade aus diesen Gegenden Erklärungen laut wurden, daß sie lieber nach Mosbach gehen wollen, als daß ihre Nachbarstadt Wertheim oder Tauberbischofsheim ein Kreisgericht bekomme.

Abg. Röder vertheidigt nochmals den Minoritätsantrag.

Abg. Kusel zieht seinen Antrag zurück.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Pickford wird zur Abstimmung geschritten und mit Verwerfung des Minoritätsantrags der Antrag auf Tagesordnung angenommen.

Die Sitzung wird hierauf um 1 Uhr auf einige Zeit ausgesetzt.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung um ½ 4 Uhr ergreift zunächst Abg. Heidenreich das Wort, um die Zutheilung Müllheims nach Freiburg statt nach Lörrach zu beantragen. Abg. Kusel unterstützt diesen Antrag.

Berichterstatter Prestinari: Ein Beschluß der Kammer sollte doch darüber nicht gefaßt werden, der Abg. Heidenreich hätte sich besser auf eine Empfehlung seines Wunsches an die Regierung beschränkt.

Staatsminister Dr. Stabel erklärt sich gegen die beantragte Zutheilung.

Abg. Kirsner: Die Kammer sollte das Detail der Organisation der Regierung überlassen; dem Wunsch des Abg. Heidenreich würde er sich aber anschließen.

Abg. Heidenreich zieht seinen Antrag wieder zurück.

Abg. Roßhirt macht einige Bemerkungen über den Kommissionsbericht.

Abg. Beck macht einen weitern Vorschlag bezüglich der Geschäftseintheilung.

Abg. Walli richtet an die großh. Regierung die Bitte, in Erwägung zu ziehen und Erfahrungen zu sammeln, ob nicht an den kleineren Gerichten statt der angestellten Staatsanwälte Referendäre verwendet werden können.

Es sprechen noch Abg. Schaaff, Staatsminister Dr. Stabel, Berichterstatter Prestinari, Abg. Röder, Abg. Moll, welcher die Anfrage an großh. Regierung richtet, ob nicht auch die Handelsgerichte gleich mit eingeführt würden.

Staatsminister Dr. Stabel: Die Handelskammern seien zum Bericht aufgefordert, wo Handelsgerichte errichtet werden sollten.

Es wird hierauf zu den einzelnen Positionen des Tit. III. übergegangen und werden dieselben nach kurzer Diskussion nach den Kommissionsanträgen angenommen. Wir werden dieselben ausführlich nachtragen.

Tit. IV. Bezirksjustiz. Gegen die Aufhebung der Amtsgerichte Salem und Rheinbischofsheim sind Petitionen eingekommen, bezüglich welcher die Kommission Uebergang zur Tagesordnung beantragt.

Abg. Fischler bedauert die Aufhebung des Amtsgerichts Salem; Abg. Haus befürwortet die Petition des Amtsgerichts-Bezirks Rheinbischofsheim, und bittet die großh. Regierung, die Angelegenheit nochmals in Erwägung zu ziehen; Abg. Fingado ist mit dem Vorredner einverstanden und wünscht, daß Sorge getragen werde, daß dem Orte Rheinbischofsheim in entsprechender Weise für die Aufhebung des Amtsgerichts später eine Entschädigung werde. Abg. Schaaff stimmt diesem Wunsche bei, ebenso unterstützt Abg. v. Feder die Bitte von Rheinbischofsheim.

Staatsminister Dr. Stabel: Wenn nicht sämmtliche Amtsgerichte, die zur Aufhebung bestimmt sind, aufgehoben werden, wird die Regierung die Bitte nochmals in Erwägung ziehen.

Abg. Kusel sieht in der Verlegung der beiden Amtsgerichts-Bezirke Rheinbischofsheim und Kork nach Kehl, trotzdem er die Bezirke bedauere, eine sehr zweckmäßige Maßregel.

Abg. Haus befürwortet nochmals seinen Wunsch, worauf der vom Abg. Kirsner gestellte Antrag, die Petition des Amtsgerichts-Bezirks Rheinbischofsheim dem großh. Staatsministerium zur Kenntnißnahme zu überweisen, angenommen wird.

Im Lauf der Sitzung wird der Bericht zu Ende durchberathen und werden dabei die Kommissionsanträge sämmtlich angenommen.

Schluß der Sitzung 6 Uhr Abends.

Baden.

Freiburg, 12. Apr. (Frbgr. Ztg.) Hr. Professor Spiegelberg hat einen vortheilhaften Ruf nach Königsberg erhalten.

✓ Vom Bodensee, 11. Apr. Aus dem für die Prüfungen am 11. bis 16. Apr. ausgegebenen Programm des großh. Schullehrerseminars in Meersburg ersehen wir, daß die Anstalt im abgelaufenen Schuljahr von 83 Zöglingen besucht war, 41 in der ersten, 36 in der zweiten und 6 in der dritten Abtheilung oder dem Fortbildungskurs, welcher bis zu Ende des Sommersemesters dauerte. Außerdem verweilten noch 8 Unter- und Hilfslehrer als Gäste zu ihrer weitern Ausbildung an der Anstalt. An Stipendien wurden im Ganzen 2515 fl. in 62 Theilen vertheilt. Bei der Dienstprüfung der Volksschul-Kandidaten am 20. bis 27. Aug. v. J. waren 31 Kandidaten erschienen, von welchem sich 7 der Prüfung für erweiterte Volksschulen (vordem Stadtschulen), 24 der Prüfung für gewöhnliche Schulen unterzogen. Von sämmtlichen 31 Erschienenen wurden 28 für gewöhnliche Schulen rezipirt; 3 erlangten die Rezeption nicht.

Vermischte Nachrichten.

— Wiesbaden, 11. Apr. Die „Hess. Loszig." veröffentlicht eine nassauische Verwarnung, die sie erhalten, daß nämlich fernere Angriffe derselben gegen die nassauische Regierung oder herzogl. nassauische Beamte das Verbot des Haltens der Zeitung und Verbreitens dieser Zeitung im Herzogthum zur unmittelbaren Folge haben würden. Der Postschein werde als Insinuationsdokument dieses Verwarnungsschreibens angesehen.

— In der Nacht vom 7. auf den 8. d. M. ist der berüchtigte, zu lebenslänglich schwerem Kerker verurtheilte ungarische Räuber Rozsa Sandor aus seiner Haft in der Festung Kufstein entwichen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

12. April.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 10,67'''	+ 8,6	N.O.	ganz bew.	trüb, frisch
Mittags 2 „	„ 10,40'''	+12,5	„	stark „	Sonnenbl., mild
Nachts 9 „	„ 10,53'''	+ 8,0	„	schw. „	mondhell, frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 14. Apr. 2. Quartal. 51. Abonnementsvorstellung. **Fidelio;** Oper in 2 Akten, von Beethoven.

Freitag 15. Apr. **6. Abonnements-Konzert des großh. Hoforchesters,** im Museumssaale, für das Gesammtpublikum zugänglich. Anfang 7 Uhr.

Sonntag 17. Apr. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Zweite Gastdarstellung der Frau Viardot-Garcia. **Der Prophet;** große Oper mit Tanz in 5 Akten, von Meyerbeer. „Fides" — Frau Viardot-Garcia.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Z.h.294. Offenburg. Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, am 10. d. M. meinen unvergeßlichen Gatten, den Vater meiner elf unmündigen Kinder,

Kaufmann Joseph Battiany jun.,

nach langem qualvollen Leiden, im noch nicht vollendeten 38. Lebensjahre, von dieser irdischen Laufbahn abzurufen.

Indem ich entfernte Freunde und Verwandte von meinem unersetzlichen Verluste in Kenntniß setze, bitte ich um deren stille Theilnahme.

Offenburg, den 12. April 1864.

Monika Battiany, geb. Leitermann, für sich und im Namen der tieftrauernden Eltern, Schwiegereltern und Geschwister.

Z.h.233. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Mit dem **15. April l. J.** tritt für den Güterverkehr zwischen Mannheim und Schweizerorten, beziehungsweise Bodensee-Uferplätzen ein **Uebernahmstarif** mit ermäßigten Frachtsätzen in Wirksamkeit.

Die diesseitigen Gütererpeditionen zu Mannheim, Basel, Waldshut, Schaffhausen und Konstanz werden Exemplare fraglichen neuen Tarifs auf Anfordern unentgeltlich verabfolgen.

Karlsruhe, den 8. April 1864.

Direktion der großh. bad. Verkehrsanstalten.
Zimmer.
Schneider.

Z.h.291. Auenheim.

Gemarkung und Gemeinde Odelshofen. Auflage des Lagerbuchs.

Vom 16. April d. J. an ist das Lagerbuch der Gemarkung Odelshofen während zweier Monate auf dem Rathhause daselbst öffentlich aufgelegt.

Diejenigen Grundeigenthümer, welche etwaige Einwendungen gegen den Inhalt der in diesem Lagerbuche eingetragenen Beschreibungen der Liegenschaften und ihrer Rechtsbeschaffenheit zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben innerhalb der angegebenen Frist bei dem Unterzeichneten mündlich oder schriftlich vorzutragen.

Auenheim, den 11. April 1864.

Der Bezirksgeometer
C. Protz.

Z.h.307. Aglasterhausen.

Aufforderung.

Wer eine rechtmäßige Forderung an den verstorbenen großh. Revisor **T. Birnbacher** a. D. zu machen hat, möge solche binnen 8 Tagen dem Unterzeichneten einreichen.

Aglasterhausen, den 13. April 1864.

A. Birnbacher, Apotheker.

Z.h.296. Freiburg i. B.

Bildhauer- und Möbelschreiner-Gesuch.

Zwei gewandte **Bildhauer** finden gegen guten Lohn dauernde Beschäftigung.

Auch **Möbelschreiner,** besonders auf geschweifte Arbeit, können sogleich eintreten in der Möbelfabrik von Freiburg im Breisgau. **Hng's Söhne.**

Z.h.292. Heidelberg.

Commisstelle-Gesuch.

Für einen in jeder Beziehung empfehlenswerthen jungen Mann mit coulanter Handschrift, der vor Kurzem seine Lehrzeit in meinem Hause beendigt hat, suche ich eine entsprechende Commisstelle.

Heidelberg, den 12. April 1864.

G. L. Ritzhaupt.

Z.h.121. Heidelberg.

Theilhaber-Gesuch.

Es wird ein junger Mann, wo möglich Müller, mit einigen kaufmännischen Kenntnissen und einer Einlage von mindestens 2000 fl. in ein größeres Mühlengeschäft als Theilhaber gesucht. Das Nähere bei Agent **J. Müller** in **Heidelberg.**

Z.h.213. Baden.

Lehrling- oder Volontär-Gesuch.

In ein Spezerei-, Cigarren- und Speditionsgeschäft wird ein Lehrling oder Volontär gesucht, der möglichst Vorkenntnisse in der französischen Sprache hat, und sogleich eintreten kann. Das Nähere unter S. S. poste restante **Baden.**

Offene Lehrstelle.

Z.h.295. In einem frequenten Manufakturwaaren-Geschäfte ist für einen gesitteten jungen Mann mit den nöthigen Vorkenntnissen eine Lehrstelle offen.

Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Commisstelle-Gesuch.

Z.h.164. Ein junger Mann, der schon seit längerer Zeit auf dem Lande in einem Kolonial-, Spezerei-, Farb- und Eisenwaarengeschäfte servirte, sich über Verkauf wie Fachkenntniß bestens auszuweisen vermag, sucht unter bescheidenen Ansprüchen eine ähnliche Stelle, am liebsten in einer Stadt (Badens).

Nähere Auskunft ertheilt die Expedition dieses Blattes unter Nr. 162.

Gesuch.

Z.h.185. Für **Karlsruhe** und Umgegend wird ein solider thätiger Mann zum Verkauf von **Ruhrer** Steinkohlen für ein Mannheimer Haus gesucht.

Anträge unter Chiffre A. Nr. 1 vermittelt die Expedition dieses Blattes.

Bierkessel-Verkauf.

Ein noch nicht gebrauchter, hübscher Façon und solid gearbeiteter, 6 bad. Ohm haltend, wird wegen Geschäftsveränderung billigst verkauft. Zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes. Z.h.304.

Im Verlage der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung** in **Karlsruhe** ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Flora
des Grossherzogthums Baden,

bearbeitet von

J. Ch. Döll,

Grossh. Badischem Geh. Hofrath etc.

Drei Bände. brosch. Preis 8 fl. 24 kr.

Z.h.299. München und Mannheim.

Feuer-Versicherungs-Anstalt der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank in München.

Durch Reskript des großherzoglich badischen Ministeriums des Innern vom 26. März c. ist uns die Konzession zur Uebernahme von Versicherungen gegen Feuersgefahr von Fahrnissen und des Gebäudefünftels für den Umfang des Großherzogthums ertheilt worden, welches wir mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß bringen, daß wir den Kaufmann Herrn **Karl Betz,** Firma **Mayer-Schütz,** in **Mannheim** zu unserm Generalagenten für das Großherzogthum ernannt haben, welcher durch Verfügung des großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 5. April c. als solcher bestätigt worden ist.

München, den 11. April 1864.

Der Administrator
Sendtner.

Bezugnehmend auf Vorstehendes empfehle ich mich zur Vermittelung von Versicherungen und bin zu jeder Auskunftsertheilung gern bereit.

Mannheim, den 12. April 1864.

Karl Betz, Firma **Mayer-Schütz,**
Generalagent.

Z.h.134. Singen am Hohentwiel (Baden).

Gasthausverkauf.

Geschäftsveränderung wegen verkauft der Unterzeichnete das

Gasthaus zur Krone in Singen am Hohentwiel.

Dasselbe liegt an einer Hauptstation der Eisenbahn und den Hauptstraßen von Ulm und dem Kinzigthale, und ist seiner günstigen Lage und der unmittelbaren Nähe des viel besuchten Hohentwiels wegen eines der frequentesten Wirthshäuser, deßhalb auch in der Ferne vortheilhaft bekannt.

Dies Gasthaus hat

a. 16 Zimmer, Küche, Keller, Scheuer mit Stallungen, Waschküche, Holzremise, Geflügelhof;
b. eine große, neu erbaute Speisehalle, zur Sommerwirthschaft, für 400 Personen eingerichtet;
c. eine gedeckte Kegelbahn;
d. einen großen Gemüsegarten, nebst Grasgarten mit
e. einer Schießstätte.

Alle diese Realitäten sind zusammenhängend und bilden mit dem Gasthause ein freundliches geschlossenes Anwesen.

Auf Verlangen wird noch ein gegenüber der Krone stehendes großes Oekonomiegebäude nebst schönem Garten in den Kauf gegeben, welches mit geringen Kosten zu einem Hotel Garni eingerichtet werden kann.

Wegen Preis und Bedingungen wollen die Kauflustigen sich in frankirten Briefen direkt an mich wenden.

Singen am Hohentwiel (Baden), 24. März 1864.

A. Schaffrodt,
Eigenthümer.

Z.h.309. Karlsruhe.

Carl Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,

empfiehlt

zu den schon in frischer Füllung eingetroffenen echt **Selterser, Emser** Kränchen- und **Friedrichshaller** Bitterwasser, die so eben angekommenen 3 Sorten **Nippoldsauer, Petersthaler, Griesbacher, Langenbrücker** Schwefel-, **Adelheidsquelle, Kissinger Ragozzi, Homburger,** sowie **Aschaffenburg-Sodener, jod-bromhaltige Sool-Quelle-Wasser.**

Mergentheimer, Vichy- und die böhmischen Salz- und Bitterwasser erwartend.

MÉDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS.

Keine grauen Haare mehr!

Melanogène

von **Dicquemare** ainé in **Rouen.**

Fabrik in Rouen, rue St.-Nicolas, 39.

Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nüancen, ohne Gefahr für die Haut, zu färben. — Dieses Färbemittel ist das beste aller bisher dagewesenen.

Gen.-Depot bei **Fr. Wolff & Sohn,** Hoflieferanten in **Karlsruhe.** Z.h.238.

Z.f.559. Wittenberge a. Elbe.

Für Bau-Unternehmer.

Asphalt-Dachpappe und **Dachfilz** für Dachbedeckungen u. s. w.

Asphalt-Papier für feuchte Wände u. s. w.

Asphalt-Platten zu Isolirungen u. s. w.

Asphalt-Röhren,

Ersatz für eiserne zu Gas- und Wasserleitungen, Jauche- und Wasserpumpen u. s. w., werden auf Bestellung in den verschiedensten Dimensionen und in solcher Wandstärke angefertigt, daß sie einen Druck von mehr als 15 Atmosphären aushalten.

Asphalt

zur Herstellung wasserdichter Fußböden in Kellern, Stallungen, Fabrikräumen 2c. 2c., zu Trottoirs, Perrons, **Reservoirs** u. s. w.

Preisverzeichnisse und Gebrauchs-Anleitungen gratis.

Fabrik von **L. Gänicke**
in **Wittenberge a. Elbe.**

Z.h.117. Nr. 757. Bretten.

Winterschafweide-Verpachtung.

Donnerstag den 21. April d. J., Vormittags 10 Uhr, im Rathhause dahier, wird die hiesige Winterschafweide — mit 600 Stück Hammelvieh zu beschlagen — auf 3 Jahre verpachtet.

Die Bedingungen können täglich im Rathhause eingesehen werden.

Bretten, den 4. April 1864.

Der Gemeinderath.
B. V. d. B.
Fritz.

Z.h.178. Karlsruhe.

Fruchtverkauf.

Freitag den 15. d. Mts.,
Nachmittags 2 Uhr,

werden auf dem Gute Maximiliansau am Rhein bei Knielingen

ca. 41 Malter Winterweizen,
„ 17 „ Sommerweizen,
„ 11 „ Korn und
„ 3 „ Welschkorn

öffentlich versteigert, wozu die Kaufsliebhaber eingeladen werden.

Karlsruhe, den 8. April 1864.

Markgräfliche Gutsverwaltung.

Z.g.400. Brigach bei St. Georgen.

Versteigerung eines Hofguts.

Zufolge richterlicher Verfügung wird dem Hofbauer Christian Obergfell in Brigach

Mittwoch, den 4. Mai,
Nachmittags 1 Uhr,

auf dem Rathhause zu Brigach untenbeschriebenes Hofgut öffentlich verkauft, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder mehr geboten wird.

Ein geschlossenes Hofgut, bestehend in einem zweistöckigen Wohnhaus, Scheuer, Stallung unter einem Dach,

einem zweistöckigen Leibgedinghaus mit Scheuer, Stallung, unter einem Dach,

einem besondern Fruchtspeicher, Back- und Waschhaus,

ca. 14 Morgen 1 Viertel 30 Ruthen Acker,
ca. 110 Morgen 3 Viertel 71 Ruthen Reutfeld,
ca. 18 Morgen 1 Viertel 48 Ruthen Wiesen,
35 Morgen 2 Viertel 35 Ruthen Wald und
— — 15 Ruthen Garten,

auf dem Sommerau gelegen, neben Jakob Kammerer, Christian Obergfell und Staatswaldungen.

Das Vermögen nach Abzug des darauf ruhenden Leibgedings taxirt zu . . . . . 14,716 fl.

Hornberg, den 2. April 1864.

Der großh. Vollstreckungsbeamte:
Karl Langer, Notar.

Z.h.288. Nr. 3607. Illenau.

Lieferungsbegebung.

Die Lieferung von 200 Ellen Cassinet wird im Soumissionswege vergeben.

Die Angebote sind längstens bis 23. d. Mts. versiegelt und geeignet überschrieben bei uns einzureichen.

Die Normalmuster können dahier eingesehen werden.

Illenau, den 12. April 1864.

Direktion der großh. bad. Heil- und Pflegeanstalt.
Roller. Brettle.

V.801. Nr. 2295. Schwetzingen. (Bekanntmachung.) Kaufmann Karl Friedrich Haas von Altlußheim hat am 22. Januar 1864 mit Anna Katharina Bock von dort einen Ehevertrag abgeschlossen, wornach das beiderseitige Vermögen, mit Ausnahme von 25 fl., welche jeder Theil einwirft, von der Gemeinschaft ausgeschlossen wird.

Dies wurde heute in das Handelsregister eingetragen.

Schwetzingen, den 26. März 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Ried.

Z.g.432. Nr. 3647. Bretten. (Aufforderung.) Die ledige Hausirerin Margaretha Schwerdt von Wattenheim in Rheinbayern, welche das Großherzogthum zu bereisen pflegt, soll dahier als Zeugin einvernommen werden, und bitten wir um Nachricht von dem gegenwärtigen Aufenthalt derselben.

Bretten, den 7. April 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Hepp.
vdt. Schühle.

Frankfurt, 12. April 1864.

Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.-Hess.	3½% Obligation.	— —
„	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	104¾ P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	79⅝ P.	„	4½% do.	101⅝ P.
„	5% do. 1859 „ „	79¼ P.	„	4% do.	99⅜ G.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	91½ P.	„	3½% do.	92 P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	83⅜ P.	Kurhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99⅜ G.
„	5% Nat.-Anl. 1854	68⅝ bez.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	91⅝ P.
„	5% Met.-Obligat.	— —	Urbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	90¾ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	62¼ P.	„	4% do. à 105 fr. b. E.	89¼ G.
„	4½% Met.-Oblig.	54 G.	Frankf.	3½% Obligation.	98⅞ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	— —	„	3% do.	93 G.
„	4½% do.	99⅞ G.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	88⅝ P.
„	4% do.	96 G.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	89¾ P.
„	3½% Staatssch.	91 P.	Span.	3% inl. Schuld	49⅞ G.
Bayern	4½% 1jährig	101½ P.	„	2½% Schuld	46¼ G.
„	4½% ½jährig	102 P.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 fr.	101 P.
„	4% 1jährig	99¾ bez.	Italien	5% Rente Fr. à 28 fr.	— —
„	4% ½jährig	99¾ G.	Schwd.	4½% Obligation.	94⅝ G.
„	4% Ablös.-Rente	99¼ P.	„	4½% Pfbr. b. B. & E.	94⅝ P.
„	3½%	98¼ G.	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	— —
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105¼ P.	„	4½% Bern. St.-O.	102½ P.
„	4% do.	103¼ G.	„	4% do.	94¼ P.
„	3½% do.	95 bez. G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	97⅝ P.
Baden	4% Obligation.	100¼ P.	N.-Am.	6% St. i. D. r. 1881	— —
„	3½% do. v. 1842	93⅝ P.	„	6% do. r. 1882	63 bez. G.
G.-Hess.	5% Obligation.	101⅜ P.	„	5% do. r. 1871	— —
„	4% do.	99⅝ P.	„	5% do. r. 1874	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	139⅛ G.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96⅝ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	779 bez.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	51⅝ P.
5% „ Cred. A. i. O. W.	193 bez.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50¾ P.
3% Bayer. Bank à fl. 500	— —	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76¾ P.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	220 G.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	81¼ P.
4% Weimar. Bank-Aktien	90¼ P.	5% do. neueste Emiss. 6/7	74¼ P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	97⅝ P.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	84¾ G.
4% Luxemb. Bank-Aktien	102½ G.	5% Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	84¾ P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	100⅝ G.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	316 P.	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	— —
3½% Frankf. Han. Eisnb.-A.	96½ b. G.	5% „ „ 2. „ „ „	— —
5% Oesterr. Staats-Eisnb.-A.	— —	4½% Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	102½ P.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	112 b. G.	4% „ „ „	99¼ P.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	69½ P.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	97¾ P.
Rhein-Nahe-Bahn	27½ G.	5% Ital. R 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	145 bez.	4% Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	248½ P.
4% Neustadt-Dürkheimer	98¼ G.	Span. Cr. b. Pereire 70% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	106 P.	4½% Bayer. Ostb. 30% „	112 P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	112¾ bez.	3% Deutsch. Phönix 20% „	— —
4% Hess. Ludwigsbahn	128⅝ P.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	104½ G.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 10% „	93 G.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	100¼ P.

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	125½ G.
„ 250 fl. „ 1854	79 P.
„ 100 fl. Pr. L 1858	129¾ P.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	83¼ bez.
„ 100 fl. v. 1864	97½ bez.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9¾ P.
Bad. 50-fl.-Loose	112¾ P.
„ 35-fl.-„	52½ G.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	55¾ P.
Gr.-Hess. 50 fl. L. b. R.	132¾ P.
„ 25 fl. „ „ „	37¼ G.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	37 P.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	65 G.
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	34¼ P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35¾ P.
3% Bordeaux 100 Fr	86¼ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11 P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	100¼ G.
Antwerpen	„	93½ G.
Augsb. 2½ fl. 100	„	99¾ G.
Berlin	„	105¼ P.
Bremen	„	97 B.
Brüssel	„	93⅞ G.
Cöln	„	104⅞ G.
Hamburg	„	88⅜ G.
Leipzig	„	105 G.
London	„	118⅛ bz.
Maild. i. Fr. 200	„	93⅜ G.
München	„	99¾ G.
Paris	„	93¾ G.
„ 60 à 90 T.	„	93¾ G.
Wien	k. S.	100⅜ bz.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 40½-41½
Preuß. Frd'or.	„	9 56½-57½
Holl. fl. 10 St.	„	9 48½-49½
Rand-Ducat.	„	5 33½-34½
20-Frankenst.	„	9 22½-23½
Engl. Sover.	„	11 45 -49
Russ. Imper.	„	9 40 -42
Gold pr. Zpfd.	„	803 -808
5-Frank.-Thl.	„	— —
Alte österr. 20r.	„	30 24 G.
Rand-20r.	„	30 12 G.
Hb. Silb. p. Zpfd.	„	52 6-36
Preuß. Cassch.	„	1 45⅛-45⅜
Doll. in Gold	„	2 26½-27½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.